

Bundesbesoldung: Neuer Zeitplan steht

20. Juli 2026

von [Sebastian Henneke](#)



Bundesinnenminister ist Dienstherr der Bundesbeamte und zuständig für den Gesetzentwurf / Copyright: picture alliance / SZ Photo | Jürgen Heinrich

Monatelang steckte das Bundesalimentationsgesetz im Innenministerium fest. Jetzt gibt es einen neuen Zeitplan: Nach der Sommerpause soll die Besoldungsreform nun fortgesetzt werden, das hat das Ministerium den Gewerkschaften zugesagt, wie die GdP bestätigt. Sie gehen davon aus, dass der Entwurf zuvor noch einmal überarbeitet wird.

Rund 200.000 aktive Bundesbeamte, 180.000 Soldaten und Hunderttausende **Versorgungsempfänger** des Bundes warten [seit Monaten auf ein Signal aus dem Bundesinnenministerium](#). Das Bundesalimentationsgesetz (BALimentG), das die amts-angemessene Alimentation im Bund endlich herstellen soll, kam seit dem Frühjahr nicht voran. Nun steht fest: Das Verfahren läuft weiter – allerdings erst nach der parlamentarischen Sommerpause und mit einem mutmaßlich überarbeiteten Entwurf.

Innenministerium sagt Gewerkschaften Fortsetzung zu

Das Bundesinnenministerium hat den Gewerkschaften mitgeteilt, dass es nach der Sommerpause mit dem Gesetzgebungsverfahren weitergeht. Das bestätigte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf Anfrage von *Öffentlicher Dienst News*. Der bisherige Referentenentwurf soll demnach noch einmal überarbeitet werden. An welchen Stellen das Ministerium nachbessert, wissen die Gewerkschaften allerdings nicht. „Der bisherige Entwurf wird nochmals überarbeitet, aber es ist unklar, an welchen Stellen. Deshalb haben wir keine besonderen Erwartungen, außer dass unserer Kritik Rechnung getragen wird“, erklärte die GdP gegenüber *Öffentlicher Dienst News*.

Auch die [Wirtschaftswoche berichtet](#) (WiWo+), dass Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) den Gesetzentwurf frühestens im September ins Kabinett einbringt. Offenbar gebe es weiter Klärungsbedarf innerhalb der Bundesregierung sowie in den Fraktionsspitzen von CDU/CSU und SPD.

Bundesbesoldung öffentlicher Dienst: Darum steckt die Besoldungsreform fest

Die Gründe für die Verzögerung liegen nach dem Bericht der Wirtschaftswoche im politischen Berlin. Vor allem der linke SPD-Flügel um Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas tue sich schwer damit, Beamten ein kräftiges Plus zu gewähren, während die Sozialreformen ihrer Klientel Einschnitte zumuten. In diesem Umfeld liegt die Vermutung nahe, dass die Koalition eine Debatte über höhere Beamtenbezüge parallel zur Rentenreform vermeiden wollte. SPD-Generalsekretär Tim Klüssendorf kritisierte laut Wirtschaftswoche die hohen Pensionen und forderte, dass Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Rückendeckung kommt dagegen vom innenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Sebastian Fiedler: Er wolle sich nicht „am Beamten-Bashing“ beteiligen, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2020 müsse voll umgesetzt werden.

Dobrindt hatte Mitte April einen ersten Referentenentwurf vorgelegt. Rein rechnerisch könne laut Wirtschaftswoche jeder Bundesbeamte im Schnitt gut 7.000 Euro Nachschlag bis Ende 2027 erwarten. Wie groß die Ungeduld unter den Betroffenen ist, zeigt eine [Anfrage auf Abgeordnetenwatch](#): Ein Bürger fragte Dobrindt bereits am 22. Juni nach dem Zeitplan und den Nachzahlungen. „Die Neuordnung der Bundesbesoldung ist seit vielen Jahren überfällig und zuletzt dachte man, dass nun endlich Bewegung rein kommt“, heißt es dort. Eine Antwort des Ministers steht bis heute aus.